

Beschluss des Landrats vom 25.03.2021

Nr. 849

44. Wie steht es um die Kantonsfinanzen und wo fehlt das Geld in Zukunft?

2021/176; Protokoll: pw, mf

Regierungspräsident **Anton Lauber** (CVP) sagt, die Aufgabe sei schwierig, aber insofern zugleich auch einfach, als dass es das Finanzhaushaltsgesetz gebe. Gemäss Finanzhaushaltsgesetz wird alle vier Monate ein Steuerungsbericht erstellt. Somit ist der Regierungspräsident im Normalfall mindestens alle vier Monate über die Finanzlage informiert. Der Rhythmus wurde mit Covid-19 viel enger. Einen Überblick zu geben, ist etwas schwierig, da zurzeit die Rechnung 2020 vorbereitet wird. Diese liegt bereits im Entwurfsstadium vor, muss jedoch noch bereinigt werden, bevor sie dem Regierungsrat unterbreitet wird. Entsprechend wird der Redner bei den folgenden Ausführungen etwas auf die Rechnung 2020 vorgreifen. Die Zahlen dürften aber noch nicht ganz präzise sein. Da es sich aber um grosse Zahlen handelt, sind die Kommastellen für einen Überblick jedoch nicht allzu zentral.

Der Haushalt wurde im Jahr 2020 durch die zu finanzierenden Covid-Massnahmen stark belastet – nicht nur der Staatshaushalt, sondern auch die privaten Haushalte und insbesondere diejenigen der Unternehmungen. Zahlreiche Unternehmungen werden derzeit wegen angeordneten Betriebschliessungen finanziell unterstützt. Das Verhältnis zwischen gesundheitlichen und wirtschaftlichen Aspekten ist Gegenstand vieler Diskussionen. Letztlich sollten sich die beiden Aspekte die Hand geben, um eine ausgewogene Lösung für die gesamte Gesellschaft und den ganzen Kanton zu finden. Es muss eine Balance gefunden werden zwischen den Einschränkungen des Wirtschaftslebens und der Belastung der Kassen.

Bei den Stabilisierungsmassnahmen ist der Kanton sehr gut unterwegs. Bei diesen Massnahmen geht es darum, dass der Staat antizyklisch interveniert und damit versucht, die Probleme des Lockdowns zu finanzieren und somit den Schaden in den Unternehmungen zu reduzieren. Der Strukturwandel wird damit ein Stückweit aufgeschoben. Aktuell gibt es im Vergleich zu den Vorjahren weniger Konkurse. Die Stabilisierungsmassnahmen funktionieren und wirken teilweise fast wie eine staatliche Pandemieversicherung. Zu den Stabilisierungsmassnahmen gehören Kurzarbeit, EO, Soforthilfe, Härtefallhilfe, Massnahmen im Kultur- und Sportbereich und einiges mehr. Im Rahmen der Geschäftsmietenlösung (vgl. LRV 2020/226) wurden CHF 66'000.– ausbezahlt. Auch die Prognosen sind gut: Die neueste Prognose von BAK Economics besagt zumindest, dass ab 2023 mit einem ansprechenden BIP-Wachstum gerechnet werden könne. Zur Kurzarbeit im Kanton Basel-Landschaft: Bis Februar 2021 wurden Entschädigungen über CHF 195 Mio. ausbezahlt. Auch immer wichtig ist die Frage, ob die Massnahmen wirken. Grundsätzlich kann diese Frage mit Ja beantwortet werden. Im Februar 2020 lag die Arbeitslosenquote im Kanton bei 1,9 % und somit unter dem schweizerischen Durchschnitt. Im Februar 2021 betrug die Arbeitslosenquote 2,9 %. Die Zunahme ist zwar unschön, aber trotzdem kann daraus gefolgert werden, dass die zur Stabilisierung der Wirtschaft getroffenen Massnahmen wirken. Die Zunahme der Arbeitslosenzahlen betrifft vor allem das Gastgewerbe, die technischen und wirtschaftlichen Dienstleistungen sowie Chemie, Industrie und Handel. Gemeinsam mit den Wirtschaftsvertretern wird auch die Lehrstellensituation laufend angeschaut. 79 % der Betriebe bieten die gleiche Anzahl Lehrstellen an, 14 % der Betriebe mehr Lehrstellen und 7 % eher weniger. Die Lehrstellensituation ist in den Bereichen Gastgewerbe, Beherbergungen, Dienstleistungen und Coiffeure etc. schwierig.

Es muss aber auch festgestellt werden, dass ein grosser Druck auf der Erfolgsrechnung des Kantons lastet. Denn die Massnahmen müssen finanziert werden: CHF 40 Mio. für die Baselbieter Soforthilfen, Kosten im Gesundheitsbereich, Kosten im Zusammenhang mit dem kantonalen Krisenstab (KKS) etc. Die Staatsverschuldung wird aufgrund von Covid-19 deutlich zunehmen. Die

Erfolgsrechnung geriet nicht nur im Kanton Basel-Landschaft unter Druck, sondern auch beim Bund und in anderen Kantonen. Das Gute ist, dass sowohl Bund als auch Kanton massiv antizyklisch gehandelt haben.

Folgendes Problem wird aktuell auch in der Finanzdirektorenkonferenz diskutiert: Zurzeit ist eine grosse Geldmenge in Umlauf, während es gleichzeitig eine angeordnete Verknappung der Konsumgüter gibt. Besteht dadurch die reelle Gefahr einer Inflation? Eine Inflation hätte schwierige Konsequenzen, gerade auch im Zusammenhang mit den Passivzinsen der zugenommenen Verschuldung. Sowohl eine Inflation als auch zunehmende Zinsen könnten ein mögliches Szenario sein, das ein Destabilisierungspotential mit sich bringen würde.

Auch die Schuldenbremse muss im Auge behalten werden. Ziel des Regierungsrats muss es sein, möglichst rasch in eine gesundheitspolitische Normalität und damit auch in eine wirtschaftliche und finanzpolitische Normalität zurückzukehren. Die Schuldenberge – beim Bund sind dies CHF 13 Mrd. – müssen irgendwann auch wieder abgetragen werden. Es gibt leider nur sehr unsympathische Mittel, um Schuldenberge abzutragen. Es gilt: Steuern, Sparen oder Schulden. Keines der drei ist etwas, was unbedingt gesucht wird. Das heisst, der finanzielle Handlungsspielraum ist sehr klein und ist noch kleiner geworden, vor allem auch im Zusammenhang mit neuen staatlichen Aufgaben.

Zur Erfolgsrechnung 2020: Das Defizit wird im mittleren zweistelligen Millionenbereich liegen. Das ist verkraftbar aufgrund der guten Jahre 2018/2019, in denen eine sogenannte Eigenkapitalreserve aufgebaut werden konnte. Die Verschuldung nimmt aber zu. Im Jahr 2020 werden rund CHF 160 Mio. für Kosten der Pandemie verbucht werden müssen.

Mit Blick auf die Zukunft: Aktuell gibt es relativ grosse Unsicherheiten für die Erarbeitung des Aufgaben- und Finanzplans (AFP) 2022–2025. Immerhin sind die Steuerprognosen nur kurzfristig schlechter. Gemäss BAK-Prognose sollen ab 2023 die Steuern wie auch das BIP wieder anziehen. 2020 war stark belastet, 2021, 2022 sind unter Druck und ab 2023 wird der Druck eher wieder abnehmen.

Wie viel wurde wofür ausgegeben?

- Kosten für die Massnahmen zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen: CHF 68 Mio.
- Gesundheitskosten: CHF 49 Mio.
- Kosten für Testen, Tracing, Impfen, Beschaffungen des KKS: CHF 25 Mio.
- Rückgang Steuererträge: CHF 27 Mio.
- Weitere Ertragsausfälle: CHF 17 Mio.
- Zusatzbeschaffungen: CHF 3,3 Mio.

Total Mehrbelastung aufgrund von Covid-19: CHF 180 Mio.

Gleichzeitig gibt auch Entlastung von CHF 20 Mio. wegen des Rückgangs der regulären Spitalkosten. Die Nettobelastung zulasten der Rechnung 2020 liegt somit bei rund CHF 160 Mio. Es wäre für den Landrat sicherlich interessant gewesen, diese CHF 160 Mio. in anderen Bereichen auszugeben. Covid-19 nötigte aber dazu, diesen Betrag für das Genannte auszugeben, was absolut richtig war.

Das Defizit – ein zweistelliger Millionenbetrag – beeinflusst auch den Finanzplan (so genannter Basiseffekt). Der Kanton wird aufgrund dieses negativen Basiseffekts auch in den Jahren 2022 und 2023 unter Druck sein, eine Besserung wird ab 2024/2025 erfolgen. Was bedeutet «unter Druck»? Der Kanton braucht mindestens CHF 60 Mio. Überschuss, damit die Nettoinvestitionen von jährlich CHF 200 Mio. finanziert und gleichzeitig der Bilanzfehlbetrag von CHF 55,5 Mio. jährlich abgezahlt werden können. Soll sowohl der Bilanzfehlbetrag abgetragen werden als auch im geplanten Umfang investiert werden, hat dies entsprechende Abschreibungen zur Folge, die in der Finanzierungsrechnung berücksichtigt werden müssen. Dies führt letztendlich zu diesem Druck in der Finanzierungsrechnung und damit einhergehend auch bezüglich der Verschuldung.

Was ist der Massstab für die Einschätzung der Staatsfinanzen? Der Massstab findet sich im Fi-

nanzhaushaltsgesetz. Zentral sind § 4 zum mittelfristigen Ausgleich und § 5 zum Eigenkapital-schutz. Der mittelfristige Ausgleich bereitet aktuell am meisten Sorgen. Der mittelfristige Ausgleich bedeutet, dass die Rechnung innerhalb von acht Jahren ausgeglichen sein muss. Bislang hat dies sehr gut ausgehen, da auf die guten Erfolgsrechnungen der Jahre 2018 und 2019 zurückgegriffen werden kann (Saldi von CHF 56 Mio. und von CHF 90 Mio.). Nun verschieben sich die acht Jahre aber. Ein gutes Jahr zu Beginn der Zeitspanne fällt weg und ein neues, schlechteres kommt hinzu. Wenn gute Jahre wegfallen, verschwindet ein Teil des guten Bodens. Das heisst, der Kanton ist darauf angewiesen, dass ab den Jahren 2024, 2025 und 2026 die positiven Saldi wieder deutlich höher ausfallen. Nur so kann der mittelfristige Ausgleich nach dem schlechten Jahr 2020 und dem hoffentlich etwas weniger schlechten Jahr 2021 erreicht werden. Betreffend mittelfristiger Aus-gleich steht der Kanton aktuell noch nicht bei der Schuldenbremse, aber das Schreckgespenst taucht am Horizont bereits ein bisschen auf. Zusammengefasst: Der Finanzdirektor beurteilt das antizyklische Handeln als gut und es ist auch gut, dass es dafür Mittel gab – spare in der Zeit, so hast du in der Not. Aber dennoch gibt es ein «Achtung»: Gerät der mittelfristige Ausgleich unter Druck, landet man schnell wieder beim Dreiklang «Steuern, Sparen, Schulden», was alles uner-wünscht ist. Hinsichtlich des künftigen Handlungsspielraums bleibt kein Platz für Experimente. Ein anderer Aspekt ist der Finanzierungssaldo, bei dem es ein Problem gibt. Dieser ist aus mehre-ren Gründen negativ: einerseits wegen der hohen Nettoinvestitionen und andererseits wegen der weniger erfreulichen Erfolgsrechnung, die eine Zunahme der Verschuldung zur Folge hat. Bereits im AFP 2021–2024 war eine Zunahme der Nettoverschuldung eingeplant, die nun aufgrund der Belastungen durch Covid-19 noch weiter zunehmen wird. Neuverschuldung ist nicht, was der Re-gierungsrat wollte. Die Strategie und die Ziele waren klar: Stopp der Neuverschuldung und nach Möglichkeit Abbau der Verschuldung unter Weiterabzahlung des Bilanzfehlbetrags aus der Revisi-on der Basellandschaftlichen Pensionskasse (BLPK). Die ersten beiden Ziele sind aktuell nicht erreicht, lediglich der Bilanzfehlbetrag wird weiterhin abgetragen. Zur Verschuldung: Der Kanton Basel-Landschaft weist mit CHF 2,679 Mrd. gesamtschweizerisch die drittgrösste Verschuldung auf. Allein CHF 1,1 Mrd. sind mit der Revision der BLPK und den damit einhergehenden Sanierun-gen eingebucht. Eine so hohe Verschuldung ist im jetzigen Zeitpunkt nur aufgrund der ausseror-dentlich tiefen Zinslast machbar. Deshalb ist auch eine mögliche Inflation so gefährlich, die eine Teuerung bedeuten würde, die dann ihrerseits höhere Basiszinsen zur Folge hätte. Der Kanton müsste dann deutlich mehr aufwenden als bis anhin. Zur Zeit wendet der Kanton dafür jährlich rund CHF 35 Mio. auf, was eigentlich bereits CHF 35 Mio. zu viel sind.

Beim Eigenkapital sieht der Regierungspräsident nicht so schwarz. In den guten Jahren konnte dank der Disziplin recht viel Eigenkapital aufgebaut werden. In die Rechnung 2019 ist der Kanton mit CH 670 Mio. gestartet. Das Eigenkapital wird in der Rechnung 2020 deutlich abnehmen. Aber der Kanton wird sich trotz der Abnahme nicht in der Nähe des Warnwerts der Schuldenbremse von 8 % befinden. Der mittelfristige Ausgleich bereitet somit viel mehr Sorgen als der Eigenkapital-schutz. Der Ausgleich wird sicher auch noch in der Finanzkommission angeschaut werden müs-sen, wo ohnehin noch eine gesonderte Berichterstattung erfolgen wird.

Zur Schweizerischen Nationalbank (SNB): Der Regierungsrat hat in Sachen Gewinnausschüttung der SNB immer vorsichtig gearbeitet. Anstatt eine einfache Ausschüttung wird es nun eine vierfa-che Ausschüttung geben – sprich, anstatt der eingeplanten CHF 23°Mio. werden dem Kanton rund CHF 69 Mio. zusätzlich zur Verfügung stehen. Das heisst, die Rechnung 2020, die sehr stark durch die Covid-19 Massnahmen von rund CHF 160 Mio. belastet ist, wird dank der Gewinnaus-schüttung der SNB gleichzeitig entlastet. Die SNB-Thematik wurde bereits in der Finanzkommissi-on diskutiert. Die Gewinnausschüttung kommt zur richtigen Zeit und nimmt auch etwas Druck weg. Aber die Volatilität der Gewinne der SNB ist natürlich riesig. Im Jahr 2014 gab es keinerlei Aus-schüttung der SNB. Die Bilanz der SNB ist ausserordentlich lang, was zu grossen Gewinnen aber ebenso schnell zu kleinen oder gar keinen Gewinnen führen kann. Aktuell sieht es aber so aus,

dass sogar eine sechsfache Ausschüttung erwartet werden kann. Was bedeutet das? Es ist alles volatil – wie gewonnen, so zerronnen. Es ist nicht die Strategie des Regierungsrats, auf Sand zu bauen. Der Regierungsrat möchte die Finanzierung der Covid-19 Ausgaben sicherstellen, den Aufbau der Neuverschuldung verhindern und wenn möglich die Schulden abbauen. Erst dann soll über die Finanzierung neuer Ausgaben diskutiert werden. Es wäre gefährlich, neue Ausgaben nicht aus eigener Kraft zu finanzieren, sondern lediglich aus den Ausschüttungen der SNB. Um nochmals zusammenfassend auf die Fragen der Interpellation einzugehen: Der aufgewendete Betrag für die Pandemie, der die Rechnung 2020 direkt belastet, beläuft sich auf rund CHF 160 Mio. Dieser Betrag wird zu einem Minus in der Erfolgsrechnung und wegen des Finanzierungssaldos zu einer Zunahme der Verschuldung führen. Zurzeit sind keine Massnahmen eingeleitet mit dem Ziel, z. B. bereits bestehende Ausgaben zu reduzieren. Aber mit Blick auf den AFP 2022–2025 ist ganz klar, dass es neue Aufgaben unglaublich schwer haben werden, weil der Handlungsspielraum nur klein ist und zudem noch ungewiss ist, was in den Jahren 2021 und 2022 auf den Kanton zukommt. Die Verschuldung wird zunehmen. Trotz des geringen Handlungsspielraums hat der Regierungsrat zum Ziel, bereits geplante Vorhaben umzusetzen, aber auch die Strategie weiterzuverfolgen, dass die Covid-Massnahmen nicht zu permanenten Mehrausgaben führen. Dies ist aktuell auch nicht der Fall. Es bestehen keine Massnahmen, die perpetuierend sind und künftige Rechnungen belasten werden. Die Schuldenbremse ist im Griff, es bestehen aber Sorgen hinsichtlich des mittelfristigen Ausgleichs. Das Investitionsprogramm wurde bislang nicht angetastet; es wird immer noch von Nettoinvestitionen von CHF 200 Mio. ausgegangen. Die Nettoinvestitionen werden in den Jahren 2022 und 2023 sogar höher sein, was sich wiederum in der Rechnung niederschlagen wird. Der Regierungsrat baut, wie gesagt, auch nicht auf die Gewinnausschüttungen der SNB. Die Finanzlage ist somit angespannt, die laufenden Ausgaben sind knapp finanziert, weil bereits im AFP 2021–2024 ein Aufbau der Verschuldung von CHF 214 Mio. enthalten war. Der Druck wird sicherlich bis 2021/2022 bestehen bleiben, ab 2023 wird es hoffentlich besser.

Andreas Dürr (FDP) wünscht die Diskussion.

://: Der Diskussion wird stillschweigend stattgegeben.

Andreas Dürr (FDP) dankt für die umfassenden Ausführungen. Der Regierungsrat, insbesondere die Finanz- und Kirchendirektion und der Regierungspräsident, sind mit den Zahlen vertraut. Allein das gibt ein gutes Gefühl. Beim Hören der Zahlen kommt aber auch Angst auf. Allein im Jahr 2020 wurden CHF 160 Mio. für Pandemie-Massnahmen ausgegeben. Die Verschuldung beträgt immer noch CHF 2,67 Mrd. Weiter gilt es, den mittelfristigen Ausgleich im Blick zu behalten. Zwei schlechte Jahre machen 25 % der acht Jahre aus. Diese beiden Jahre wettzumachen, ist sehr schwierig. Andreas Dürr hat auch gehört, dass es keinen Handlungsspielraum gibt – was für einen Politiker traurig ist. Politik ist Handlungsspielraum und wenn nichts mehr verlangt werden darf, das etwas kostet, kann auch keine Politik mehr gemacht werden. Dies muss mit Intelligenz bewältigt werden. Die Zeit der Aufgaben ist vorbei. Mit den zur Verfügung stehenden Mitteln muss haushälterisch umgegangen werden. Wenn der jetzige Stand gehalten werden kann, ist bereits viel gewonnen. Dies ist eine für die Politik bittere Erkenntnis. Aber es wachsen keine Bäume in den Himmel wie im Moment. Es ist nicht alles möglich. Bis jetzt hat es der Kanton gut gemacht und es hat ihn – salopp gesagt – noch nicht überstellt. Das Ende der Fahnenstange des maximalen Handlungsspielraums ist aber erreicht. Eine Anschlussfrage: «Steuern, Sparen, Schulden»; wo setzt der Finanzdirektor den Schwerpunkt?

Regierungspräsident **Anton Lauber** (CVP) meint, es gebe komplexe Sachverhalte, die einfach zu erklären sind. Zur Entlastung der Erfolgs- und Finanzierungsrechnung gibt es diese Möglichkeiten:

Steuern erhöhen – politisch nicht so erwünscht und auch bei einer Volksabstimmung wahrscheinlich nicht mehrheitsfähig –, Sparen – auch daran hat niemand so richtig Freude – oder Schulden machen – diese werden dann an die nächsten Generationen weitergegeben und sind somit auch keine gute Lösung. Der Finanzdirektor hält den Fokus auf dem mittelfristigen Ausgleich für den richtigen Weg. Aktuell ist davon auszugehen, dass die verschiedenen Aufgaben erfüllt werden können, die im sich derzeit in Erarbeitung befindenden AFP 2022–2025 enthalten sind. Das heisst, der Kanton befindet sich im jetzigen Zeitpunkt nicht im Sparmodus. Das Ziel ist, mit den vorhandenen Mitteln möglichst haushälterisch umzugehen. Der Kanton ist noch nicht beim Warnwert für den Eigenkapitalschutz angelangt, aber es gibt hinsichtlich des mittelfristigen Ausgleichs einen ersten Fingerzeig in Richtung Schuldenbremse. Durch geschicktes Wirtschaften soll vermieden werden, wieder einen Sparkurs fahren zu müssen. Es wurden noch keine konkreten Anstalten getroffen, ein Sparprogramm vorzubereiten. Mit der Rechnung 2022 wird sich hinsichtlich des mittelfristigen Ausgleichs zeigen, ob ein solches nötig werden wird. Bis ins Jahr 2022 werden die guten Jahre 2018 und 2019 verloren sein – rund CHF 150 Mio., die es aufzuholen gilt. Ein Durchhänger liegt somit drin, er muss aber spätestens ab 2023 wieder aufgefangen werden können.

Derzeit arbeitet der Regierungsrat an der Weiterentwicklung des Kantons. Wie auch im Bericht über die Bewältigung der ersten Welle von Covid-19 (2020/639) dargelegt, gibt es das Ziel, nach den Stabilisierungsmassnahmen in Richtung Wirtschaftsförderung zu gehen. Das ist die aktuelle Strategie.

Der Regierungsrat ist nicht der Meinung, dass nun der Sparhebel ganz konkret angesetzt werden müsste. Aber es wird kaum neue Aufgaben geben, weil sie nicht finanziert sind.

Felix Keller (CVP) wurde bei der Aussage «Spare in der Zeit, so hast du in der Not» hellhörig. Ihm sei nicht bewusst gewesen, dass der Kanton überhaupt Geld auf der hohen Kante hatte, das jetzt ausgegeben werden konnte. Vielmehr hat er gehört, dass die Schulden anwachsen und jetzt noch CHF 160 Mio. zusätzlich ausgegeben wurden. Auch die Investitionen wurden nicht zurückgefahren. Das Geld wird irgendwo und irgendwann natürlich fehlen. Das Problem wird auf die lange Bank geschoben. Die nächste Generation wird dann darunter leiden, weil keine neuen Aufgaben generiert werden können. Es stellt sich die Frage, welche Aufgaben in Zukunft zurückgestellt werden müssen. Wo wird das Geld fehlen?

Peter Riebli (SVP) hat mit Bedauern zur Kenntnis genommen, dass politischer Spielraum verloren ging. Im Gegensatz zu den beiden Vorrednern ist er aber der Meinung, dass dies die Arbeit der Politiker nicht verunmöglicht, sondern hochspannend macht. Obwohl der Kanton sich noch in keinem Sparprogramm befindet, bedeutet dies, dass die Politik in den nächsten Jahren priorisieren muss. Die Politik muss sich zwischen Wünschenswertem und Notwendigem entscheiden. Das Wünschenswerte wird dabei auf der Strecke bleiben. Neue Ausgaben werden damit nicht ganz verunmöglicht, aber auch bereits angedachte Ausgaben müssen nochmals auf ihre Notwendigkeit hin überdacht werden. Es wird eine spannende Zeit auf den Landrat zukommen. Es wird eine Art Verteilungskampf geben, damit der Kanton auf dem Level gehalten werden kann, auch wenn nicht mehr alles finanzierbar sein wird, was wünschbar wäre. Hoffentlich hat das ringe, grosszügige Geldausgeben, wie es im letzten Jahr – teilweise auch zurecht – stattgefunden hat, nun ein Ende. In Zukunft muss wieder kritisch mit dem Geld umgegangen werden. Hoffentlich ist sich das Parlament dieser Notlage bewusst und hoffentlich wird es gelingen, den Kanton in den nächsten Jahren auf ein gutes Fundament stellen zu können.

Urs Kaufmann (SP) meint, der Finanzdirektor habe die schwierige Aufgabe gehabt, in kurzer Zeit eine verständliche Aussage zur aktuellen Finanzsituation zu machen. Es gibt noch sehr viele Unklarheiten und die Ausarbeitung eines AFP ist unter diesen Umständen keine einfache Angelegenheit. Die Antworten waren für Urs Kaufmann weitgehend nebulös und für die Bevölkerung nicht

wirklich verständlich. Die Information der Bevölkerung war jedoch eines der Ziele der dringlichen Interpellation.

Eine wichtige Aussage wurde aber sicher gemacht: Der Regierungspräsident hat darauf hingewiesen, dass das Kriterium des mittelfristigen Ausgleichs nicht mehr eingehalten und deshalb der sogenannte Rasenmäher zum Zug kommen könnte, was automatische Kürzungen zur Folge hätte. Dies ist eine wirklich beängstigende Zukunftsperspektive. Dazu kommen die beschlossenen, sehr grosszügigen Steuersenkungen für Unternehmen, welche die Situation noch viel schwieriger machen. Des Weiteren ist im aktuellen AFP ein Platzhalter für weitere Steuersenkungen bei den natürlichen Personen enthalten. Ab dem Jahr 2023 sind dafür CHF 30 Mio. eingestellt. Wenn es nun aber so ist, dass der Kanton ab dem Jahr 2023 hinsichtlich des mittelfristigen Ausgleichs in eine kritische Situation kommen könnte, dann ist Urs Kaufmann davon überzeugt, dass weitere Steuersenkungen für Jahre kein Thema mehr sein sollten. Um es mit den Worten des Finanzdirektors zu sagen: Es gibt keinen Platz für Experimente. Und um es mit den Worten von Andreas Dürr zu sagen: Die Zeit für weitere Aufgaben ist vorbei. Der Redner interpretiert dies so, dass die Zeit für weitere Steuersenkungen vorbei ist. Und um es auch noch mit den Worten von Peter Riebli zu sagen: Nicht alles ist finanzierbar, was wünschbar ist. Dies gilt nun genau auch für Steuersenkungen. Die Nettoinvestitionen sollen gleich hoch bleiben. Das ist gut, denn der Nachholbedarf ist hoch. Es stehen viele wichtige Projekte an und das antizyklische Verhalten ist zu befürworten. Urs Kaufmann ist mit Peter Riebli einig: Es wird eine schwierige Zeit werden und die Diskussionen werden eine Herausforderung sein.

Laura Grazioli (Grüne) sagt, die Motivation hinter der Interpellation sei der damit einhergehende implizite, aber damit nicht weniger laute Ruf nach mehr oder weniger sofortiger Sparpolitik. Und das ist, dies möchte die Grüne/EVP-Fraktion klar festhalten, aus makroökonomischer Perspektive verfehlt. Ja, es wird aktuell sehr viel Geld ausgegeben. Und ja, die Staatsverschuldung wird enorm in die Höhe getrieben. Und ja, der Landrat wird sich mit dieser Thematik auseinandersetzen müssen. Dies wird nicht in Abrede gestellt. Aber: Die OECD und unzählige Wirtschaftsexperten warnen ausdrücklich davor, jetzt auf die Sparbremse zu treten. Die eindringliche Warnung lautet: Wenn jetzt gespart wird, wird damit die Erholung der Wirtschaft und der Beschäftigung ausgebremst. Das ist dann auch gemäss OECD das zentrale Learning aus der Finanzkrise, als genau dieser Fehler gemacht wurde. Heute empfiehlt die OECD, frühestens zwei Jahre nach einer akuten Krise mit dem Sparen zu beginnen. Das Votum des Regierungspräsidenten hat die Rednerin deshalb sehr gefreut. Hervorgestrichen wird dabei insbesondere, dass die Zinsen aktuell historisch tief sind und somit die beste Voraussetzung bilden, wenn es denn so etwas überhaupt geben kann, um Schulden zu machen. Ausserdem ist es in diesem Zusammenhang wichtig, dass die Regierungen – hier allgemein gemeint – über ihre Budgets eine zentrale Rolle in der Geldpolitik behalten. Gewählte Regierungen sind gemäss OECD wesentlich besser legitimiert als die Technokraten der Notenbanken. Staatsausgaben können gezielt zum Wohl der Gesamtwirtschaft eingesetzt werden, während die Geldschwemmen der Notenbanken primär den Kapitalmarkt und Ungleichheit befeuern und der Realwirtschaft kaum nützen. Während andere Länder die aktuelle Krise nicht nur für Stabilisierungsmassnahmen, sondern für umfassende Investitionspakte nutzen, macht die Schweiz in letzterer Hinsicht nichts. Das ist eine riesige verpasste Chance und wirklich bedauerlich. Wenn es jetzt etwas braucht, dann sind es nachhaltige Investitionen, die einerseits die Wirtschaft wieder oder weiter ankurbeln und andererseits das gesellschaftliche Gleichgewicht wiederherstellen und insgesamt unseren Wohlstand stützen. Aktuell ist die zukunftsfähigste Strategie deshalb sicherlich nicht blinde Sparwut, sondern, im Gegenteil, eine auf Innovation fokussierende, zielgerichtete Investitionspolitik.

Mirjam Würth (SP) hat als Mitglied der Finanzkommission die Ausführungen des Regierungspräsidenten nicht zum ersten Mal gehört. Der Regierungsrat hat einen sehr guten Überblick. Felix

Keller hat hinsichtlich der aktuellen Ausgaben gesagt, es müsse überlegt werden, ob sich der Kanton diese Ausgaben überhaupt leisten könne. Aus Sicht der Rednerin ist zentral, dass die Corona-Krise – mit ihren wirtschaftlichen, gesundheitlichen und sozialen Folgen – global bewältigt werden muss. Dies ist ein Fakt und es kann nicht darüber nachgedacht werden, ob man dies möchte oder nicht. Weiter ist bekannt, dass die Kantone derzeit von den erhöhten Ausschüttungen der SNB profitieren. Die Lage präsentiert sich entsprechend so, dass es aktuell eine Delle gibt, diese aber ab 2023 wahrscheinlich aufgefangen sein wird. Es ist also nicht der richtige Zeitpunkt, um bereits zu diskutieren, was wünschbar und was notwendig ist. Diese Diskussion hat nun durchaus noch zwei Jahre Zeit.

Klaus Kirchmayr (Grüne) sagt, seit Jahrzehnten werde mit dem Gespenst der Verschuldung Angst gemacht. Angst ist in einer Krise der schlechteste Ratgeber. Deshalb im Folgenden ein etwas anderer Blick auf die Kantonsfinanzen und ein paar Aspekte, die für ein Gesamtbild von Nöten sind: Die CHF 2,6 Mrd. entsprechen derjenigen Verschuldung, die in den Büchern abgebildet ist. Die effektive Verschuldung bezieht jedoch auch die stillen Reserven mit ein. Und alleine bei den Beteiligungen gibt es Reserven von CHF 2 bis 2,5 Mrd. Dies relativiert das grosse Bild der Verschuldung deutlich. Aber nicht nur in der Bilanz, sondern auch in der Erfolgsrechnung gibt es Reserven. Reserven, die kommen werden oder bereits am Kommen sind. Der Finanzdirektor hat hier die SNB erwähnt. Ebenso ist man sich heute in der ökonomischen Forschung einig, dass eine Krise eigentlich ein Fitnessprogramm für die Wirtschaft ist, das die Effizienz in der funktionierenden Wirtschaft deutlich steigern wird. Eine erhöhte Effizienz und Profitabilität der Wirtschaft kann somit erwartet werden. Weiter gibt es auch Steuerbewertungsreserven, beispielsweise im Einfamilienhausbereich. Der Kanton hätte hier im Vergleich zu anderen Kantonen grosse Reserven. Es gilt auch daran zu erinnern, dass die Zinskosten nach wie vor sinken, weil die teuren Zinstranchen auslaufen und entsprechend weniger werden. Der Finanzdirektor hat richtig gesagt, dass der Finanzbereich einer gewissen Volatilität ausgesetzt ist. Aber es handelt sich um einen politischen Entscheid, welche Volatilitäten angeschaut werden. Auch unbestritten ist, dass aktuell sehr viel Geld auf dem Markt ist. So viel Geld, dass sich die Finanzdirektoren im Zusammenhang mit dem Konsumrückgang Sorgen über eine mögliche Inflation machen. Es handelt sich um viel Geld, das rentierende Investitionen sucht, aber keine findet. Es wäre ökonomischer Unsinn, in der jetzigen Phase auf das Investieren zu verzichten. Gesucht sind Investitionen, die sinnvoll und nachhaltig sind, die entweder Kosten sparen oder Erträge steigern und den Kanton zukünftig besser machen. Es ist auch nicht ausgeschlossen, dass in einer nächsten Phase mehr Geld investiert werden muss, weil aktuell – auch dies ist ein ökonomisches Grundgesetz – diejenigen bestraft werden, die nicht investieren. Die Prozesse beim Investieren müssen verbessert werden, denn sie befinden sich schon lange nicht mehr auf einem Standard, der international mithalten kann. Die Prozesse sind zu lange, zu legalistisch, zu kompliziert und zu teuer. Es gibt zu viele Brüche im System. Eine Verbesserung der Prozesse führt dazu, dass der Kanton pro investierten Franken mehr zurückerhält. Und um es nochmals zu betonen: Eine Investitionsbremse oder eine Sparübung würden momentan eine grosse Gefahr darstellen und kein Ökonom würde dazu raten. Denn dadurch würde die Innovation gekappt und die Inflation gefördert. Das ist in niemandes Interesse. Klaus Kirchmayr empfiehlt Mut und Innovation. Der Kanton soll sich nicht in Klein-Klein-Sparübungen verzetteln, sondern gerade auch im Finanzbereich mit strategischem Handeln beginnen. Das strategische Handeln unterscheidet sich vom anerkannt guten operativen Finanzmanagement der letzten Jahre. Wird nicht strategisch gehandelt, dann kostet dies Geld. Die Messe Schweiz oder das Biozentrum können hierfür als Beispiele genannt werden. Auf die Bremse zu stehen, wäre jetzt schädlich. Es ist zwar wichtig, Prioritäten zu setzen, aber dies muss strategisch gemacht werden. So muss beispielsweise auch über die Kapitalallokation des Kantons nachgedacht werden und die Prozesse in gewissen Bereichen müssen grundsätzlich hinterfragt werden. In dem Sinn ist diese Zeit – hier

ist der Redner ganz bei Peter Riebli – eine spannende Zeit. Es gibt viel Gestaltungsraum, den es zu nutzen gilt.

Saskia Schenker (FDP) zeigt sich überrascht über ihre Vorrednerin und ihren Vorredner der Grünen Partei. Es klinge so, als würden Investitionen zurückgefahren oder über Sparen in einem laufenden Aufgaben- und Finanzplan geredet. Der Finanzdirektor sagte klar, dass dies nicht der Fall sei. Die Investitionen als auch der Aufgaben- und Finanzplan werden weiterhin hochgehalten. Jedoch sei der Spielraum für künftige neue Ideen und Aufgaben sehr klein. Es müsse zu einem sorgfältigen Umgang mit den Kantonsfinanzen zurückgekehrt werden. Die Landrätinnen und Landräte nehmen dabei eine grosse Verantwortung wahr. Viele Menschen sorgen sich, was die Politik mit dem Geld macht. Einerseits war und ist es immer noch wichtig, zu stabilisieren und dafür zu sorgen, dass die betroffenen Unternehmen die Krise einigermaßen meistern und die Arbeitsplätze halten können. Gleichzeitig kam das Gefühl auf, dass begonnen wurde, in allen Bereichen Vorstösse einzureichen, und die Möglichkeit bestehe, Geld auszugeben. Klaus Kirchmayr redete an der letzten Landratssitzung über den Umbau der Wirtschaft, heute wurden von der Grüne/EVP-Fraktion viele Vorstösse eingereicht, teilweise solche gemäss Giesskannen-Prinzip (Gratis-ÖV für alle). Das Gefühl entsteht, dass nach der Erfahrung mit der Hilfe in Not (Sprechung von Zusatzgeldern), so weitergefahren werden könne und auch in weiteren beliebigen Bereichen, die spannend und toll seien, Zusatzausgaben gesprochen werden könnten. Genau das ist nicht der Fall, was vom Finanzdirektor klar gesagt wurde. Der Landrat muss seine Verantwortung wahrnehmen. Die Investitionsausgaben müssen hochgehalten werden. In einer unsicheren Zeit darf man nicht in den Sparmodus wechseln, muss aber mit den Kantonsfinanzen sorgfältig umgehen. Mehr Bescheidenheit beim Umgang mit den Kantonsfinanzen ist angezeigt. Es gibt hart arbeitende Menschen, die zwar über ihre Arbeit froh sind, jedoch keine Zuschüsse des Kantons erhalten und es nicht schaffen, per Ende Jahr in die 3. Säule einzuzahlen. Sie helfen aber durch ihre Konsumausgaben mit, die Wirtschaft zu stabilisieren. Sie zahlen Steuern und sind bestrebt, dass mit den Steuergeldern vorsichtig umgegangen wird. Diese Menschen dürfen nicht vergessen werden.

Stefan Degen (FDP) bezweifelt, ob Keynes hier weiterhelfen könne. Es ist bekannt, dass der Effekt von zusätzlichen Konjunkturstützen sehr schnell verpufft. Viel wirksamer sind Massnahmen, die endlich wieder gewisse Dinge ermöglichen (Stichwort Deregulierung). Das Eigenkapital ist aufgrund der gesetzlichen Verpflichtungen (Stichwort Pensionskasse) faktisch negativ. Es existiert kein Handlungsspielraum. Die von Klaus Kirchmayr genannten stillen Reserven hören sich gut an. Welche stillen Reserven können aber in den Beteiligungen aufgelöst werden? Im Gegensatz zu privaten Unternehmen kann der Kanton nicht einfach jederzeit das Handlungsfeld neu ordnen und damit stille Reserven auflösen und nützen. Die grosse Frage lautet, wie man an die stillen Reserven gelangt.

Entscheidend ist auch nicht die Möglichkeit für neue Steuern, sprich die Erhöhung der Liegenschaftswerte etc. Da gäbe es innerhalb der 90-köpfigen Schwarmintelligenz sicher viele gute Ideen. Entscheidend ist doch letztlich die Gesamtsteuerbelastung für den Steuerzahler. Auch da existiert bereits ein Risiko, ist diese doch jetzt schon hoch – und liegt damit bei den höchsten aller Schweizer Kantone. Aufgrund der unsicheren Zukunft kommen somit viele Einkommen durch zwei Seiten unter Druck: Die Einnahmenseite ist unbekannt, die Arbeitsplätze unsicher und die Politik könnte höhere Steuern beschliessen. Die Schuldenwirtschaft ist für die öffentliche Hand keine Lösung – auch jetzt nicht. Die Zinsen kommen von unten unter Druck und steigen an gewissen Orten bereits; die weitere Entwicklung ist unbekannt. Die Wirtschaft weiss nicht, ob sie wieder mit Schulden investieren soll oder nicht. Es ist allen bekannt, was steigende Zinsen für den Kanton Basel-Landschaft bedeuten würden. Die Staatsquote darf nicht weiter steigen. Es besteht aber bereits heute ein Klumpenrisiko: In der aktuellen Pandemie wird immer nach dem Staat gerufen. Und der Staat muss helfen.

Die kommenden Aufgaben müssen mit Bedacht angegangen werden. Der Staat kann es nicht alleine lösen. Der Staat muss ermöglichen und nicht mit der Giesskanne schütten.

Klaus Kirchmayr (Grüne) ist mit einigen Punkten seiner Vorrednerin und seines Vorredners einverstanden. Es sei aber Aufgabe der Politik, sich den Handlungsspielraum zu schaffen, den es für die anstehenden Aufgaben braucht. Welche das sind, ist von den Parteien abhängig. Die Grünen sind doppelt so stark aufgestellt wie in der letzten Legislatur. Entsprechend setzen sie sich für die grünen Anliegen ein. Das ist Politik. Ein gemeinsamer Nenner findet sich dort, wo es darum geht, einen strategischen Blick auf den Handlungsspielraum zu werfen. Der Staat sollte im Minimum – wie von Stefan Degen richtig erwähnt – ermöglichen. Im Moment ist der Staat eher eine Bremse. Sowohl die Prozesse als auch die Kapitalallokation müssen hinterfragt werden, um fit für die Herausforderungen der nächsten zwanzig Jahre zu werden. Der Redner appelliert daran, den Kopf nicht in den Sand zu stecken und zu sagen, man sei ja sowieso verschuldet und könne nichts machen. Dies ist nicht wahr. Südlich oder westlich der Schweiz liegende Länder haben kein Geld. Die Schweiz hat den Spielraum oder muss ihn sich schaffen, indem gewisse Sachen hinterfragt und nicht mehr gleichgemacht werden. Die Herausforderungen aufgrund der Klimakatastrophe müssen angegangen werden; dafür werden die Grünen kämpfen, ist es doch nicht nur deren idealistisches Hobby, sondern die Klimakatastrophe kostet Geld – sowohl der Wirtschaft als auch den Staat. Es muss dahingehend mehr geleistet werden. Die Bevölkerung ist dafür willens. Der dafür nötige Handlungsspielraum muss geschaffen werden, nicht notwendigerweise mit mehr Ausgaben, sondern mit besseren Prozessen und mehr Innovation.

Andi Trüssel (SVP) dankt Regierungspräsident Anton Lauber, welcher seine Erwartungen vollständig erfüllt habe und auf einem guten Weg sei. Der soeben aufgezeichnete Weg des ehemaligen Investmentbankers Klaus Kirchmayr hat den Rest der Welt dorthin geführt, wo wir heute sind. Wir haben ehemals gelernt: «Spare in der Zeit, so hast du in der Not». Genau dies hat das Baselbiet eine Zeit lang nicht gemacht. Jetzt wurde es gemacht. Genau deshalb kann nun die kleine Delle einigermaßen überbrückt werden.

Im 2011 ging es im Landrat darum, Gelder zinslos oder à-fonds-perdu für die Messe Basel zu sprechen. Die SVP sprach sich alleine dagegen aus. Klaus Kirchmayr war Herr und Befürworter der ganzen Übung. Heute spricht dieser von Fehlern, die dort passierten – Klaus Kirchmayr soll über die eigenen Bücher gehen.

Rahel Bänziger (Grüne) meint, nicht nur die FDP und die KMU arbeiteten hart und schauten aufs Geld. Auch die Grünen zahlen Steuern. Alle Parlamentarierinnen und Parlamentarier sind hier, um zu diskutieren, was spannend und toll, aber auch notwendig ist. Gemäss Saskia Schenker sei gemacht worden, was notwendig war und nun, bei dem was spannend und toll sei, darüber entschieden werden müsse, für was es noch reiche und für was nicht. Es gibt zwei Krisen zu bewältigen. Bei der Corona-Krise wurden KMU und Personen unterstützt, was wichtig und richtig war. Es existiert jedoch noch eine zweite Krise, die Klimakrise. Diese muss ebenfalls bewältigt werden, sie wartet nicht. Darum wurde heute ein Vorstosspaket eingereicht. Die Rednerin wird den Verdacht nicht ganz los, dass die dringliche Interpellation eine Reaktion darauf war und der Versuch, das Vorstosspaket der Grünen in ein falsches Licht zu rücken. Beide Krisen müssen gelöst werden. Es muss vorausgeschaut werden, wie es anzustellen ist, dass mit dem für die Corona-Krise benötigten Geld gleichzeitig auch ein Teil der anderen Krise – der Klimakrise – bewältigt werden könnte. Das ist die Aufgabe des Landrats. Viele der von den Grünen eingereichten Vorstösse dienen der Bewältigung der Klimakrise. Auch dort finden sich Investitionen, von denen die KMU profitieren können und damit dem Aufschwung der Wirtschaft nützen. Mit dem vorhandenen Geld soll beides erreicht werden und nicht nur in einem ersten Schritt die Corona-Krise angegangen und danach festgestellt werden, dass für anderes nichts mehr übrigbleibt. Es sind erst vier Wochen her, seit

Rahel Bänziger ihre Befürchtung dahingehend geäussert hat. Genau dies ist nun eingetreten. Plötzlich ist kein Geld mehr vorhanden, um die lebenswichtige Klimakrise zu bewältigen. Unseren Kindern soll die gleiche Welt hinterlassen werden können! Die Rednerin ruft dazu auf, nicht zu sagen, alles Wichtige sei gemacht worden, alles andere sei spannend und toll. Die «anderen» Sachen sind notwendig. Es soll versucht werden, mit dem für die eine Krise eingesetzten Geld möglichst viel für die andere Krise zu unternehmen. Das wäre vorausschauend im Sinne des Zitats: «Zwei Fliegen mit einer Klappe».

Marc Schinzel (FDP) sagt, der Landrat bewältige nicht. Er spricht allenfalls Geld. Aber das Geld stammt von den Steuerzahlenden und den Unternehmen, die aktuell um ihre Existenz kämpfen und nicht noch mehr Auflagen brauchen. Es wurde gesagt, dass die Corona-Krise genutzt werden solle, um andere, ökologische Anliegen einzubringen. Die Leute sind verantwortungsbewusst, planen nachhaltig und brauchen deshalb nicht noch mehr Auflagen.

Der Regierungspräsident und die bürgerlichen Sprecher haben nichts davon gesagt, die Investitionen zurückzufahren. Vom Landrat wird erwartet, vorsichtig und haushälterisch mit den Steuergeldern umzugehen. Zur Dimension: Wir befinden uns in einer Unsicherheitssituation. Die SNB hat ihre Bilanz seit 2008 (Finanzkrise) um das 15-fache vermehrt. Dies sind im Ausland aufgekaufte Devisen. Die Europäische Zentralbank (EZB) und die anderen Nationalbanken kaufen reihenweise Staatspapiere auf. Der Staat finanziert seine Schulden indirekt indem er Geld druckt. Dies ist ein Pulverfass und es braucht wenig, bis das Vertrauen verloren geht und eine Inflation, eine Zinsexplosion ausgelöst wird. Eine Erhöhung der Zinsen trifft vor allem Investoren von Firmen, Hauseigentümer, Sparer, Pensionskassen etc. Dies muss im Blick behalten werden und man muss vorsichtig sein. Die Geldmenge kann nicht beliebig ausgeweitet, die Verschuldung weiter erhöht werden. Dies würde vielleicht funktionieren, wenn in guten Zeiten gespart würde. In den Jahren 2015 und 2019 standen glücklicherweise die bürgerlichen Parteien auf die Bremse und sorgten gegen den Widerstand von Links/Grün dafür, dass der Kanton heute in der Situation ist, während der Pandemie das Nötige tun zu können, um sowohl Unternehmen als auch Bürgerinnen und Bürger in Not zu unterstützen. Dies muss weiter gewährleistet werden.

Marco Agostini (Grüne) ist mit dem Vorredner einig, dass die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler beachtet werden müssen. Es gelte herauszufinden, was sie sich wünschen. Mit Steuergeldern muss anständig und korrekt umgegangen werden. Der Redner stimmt mit Peter Riebli überein: Investieren ja, aber nicht für unsinnige Sachen. Was aber ist unsinnig? Bei der Bevölkerung muss abgefragt werden, was sinnvoll ist und was nicht. Gratis-ÖV macht ist vermutlich nicht sinnvoll. Noch weniger sinnvoll ist, dass eine Südumfahrung Reinach CHF 200 Mio. kostet. Es geht darum, das Geld richtig einzusetzen. Ob es die grossen Bauprojekte (Angensteintunnel, Ausbau der Tramlinie 14 für CHF 200 Mio.) braucht oder nicht – darüber ist sich der Redner unklar.

Béatrix von Sury d'Aspremont (CVP) stellt nach eineinhalb Stunden Diskussion den Antrag auf Schliessung der Rednerliste oder Abbruch der Diskussion. Es gibt verschiedene Ansätze, Meinungen und Lösungen. Die unterschiedlichen Auffassungen sollen in den verschiedenen Sachgeschäften diskutiert werden.

Landratspräsident **Heinz Lerf** (FDP) gibt das letzte Wort dem Regierungspräsidenten.

Regierungspräsident **Anton Lauber** (CVP) merkt, die Konzentration im Saal nehme ab. Vielleicht ist das Thema zu komplex oder zu wenig interessant. Dies ist bedauerlich, geht es doch um etwas Wichtiges. Die Frage lautete, wie es um die Kantonsfinanzen stehe. Über die Fakten wurde informiert. Es gibt eine Schuldenbremse mit zwei Wirkhebeln: Eigenkapital und mittelfristiger Ausgleich. Wie bereits gesagt, ist das Eigenkapital noch in Ordnung. Der mittelfristige Ausgleich könnte unter

Druck kommen. Mit anderen Worten: Der Handlungsspielraum ist nicht mehr so gross wie auch schon. Deshalb prüft der Regierungsrat aktuell, welche Ausgaben unausweichlich sind und über welche man diskutieren kann. Dies ist dann Sache des Landrats und kann von Politikern aller Couleur diskutiert werden. Der Wunsch macht das Portemonnaie jedoch nicht grösser. Der Finanzdirektor steht dazu: Man gibt nicht mehr Geld aus, als man hat. Dies ist typisch schweizerisch und wird von Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern bestimmt gutgeheissen. Wofür Geld innerhalb des Spielraums ausgegeben wird, kann später ausdiskutiert werden.

Mit keinem Wort wurde gesagt, Investitionen würden runtergefahren. Es wurde gesagt, dass ab 2022 mehr als die CHF 200 Mio. netto investiert würde. Man ist auf dem richtigen Weg.

Mit keinem Wort wurde eine Sparübung erwähnt. Aber es hiess – mit Blick auf den mittelfristigen Ausgleich –, aufpassen! Das Finanzhaushaltsgesetz, welches eine Schuldenbremse beinhaltet, muss eingehalten werden. Wie der Spielraum innerhalb dieses Rahmens genutzt wird, ist schlussendlich eine andere Frage. Der Regierungsrat ist daran, im Rahmen des AFP 2022–2025 zu priorisieren. Bei der Priorisierung können die Parteien ihre politische Ansicht einbringen, dies aber immer im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten.

Zu den Steuern: Die einen plädieren dafür, keine Steuersenkungen vorzunehmen. Andere sagen, tiefe Steuern sei eine der besten Fördermassnahmen zur Stärkung der Wirtschaft. Wann macht man was? Wer hat wann Recht? Aktuell existiert eine Krise. Problematisch ist nur eine Dauerkrise; eine solche gilt es zu verhindern.

Der Regierungsrat wäre schwach und würde seinen Job nicht richtig machen, würde er eine mögliche Problementwicklung heute und jetzt nicht erkennen. Genau das wollte der Finanzdirektor verdeutlichen: «Es könnte sein, dass... aufgepasst!» Mehr gibt es zum jetzigen Zeitpunkt nicht zu sagen. Damit ist man bereit, in der Zukunft vernünftige Entscheide zu treffen. Eine Sensibilisierung hat stattgefunden, der Landrat hat sich mit der Thematik auseinandergesetzt. Dies ist wichtig und dem Kanton Basel-Landschaft letztlich auch geschuldet.

://: Die Interpellation ist erledigt.
